

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXIX 3–2013

GUTES LEBEN FÜR ALLE Ein europäisches Entwicklungsmodell

Schwerpunktredaktion: Andreas Novy

mandelbaum *edition südwind*

Inhaltsverzeichnis

- 4 ANDREAS NOVY
Quo Vadis, Europa? – Von der Peripherie lernen
- 9 KARIN FISCHER
Peripherisierung, Industrialisierung und Abhängigkeit:
die Frage nach den Hemmnissen gelungener Entwicklung
- 34 JOACHIM BECKER, JOHANNES JÄGER, RUDY WEISSENBACHER
Abhängige Finanzialisierung und ungleiche Entwicklung:
Zentrum und Peripherie im europäischen Integrationsprozess
- 55 ELISABETH SCHMID
Theorien zum guten Leben
- 77 ANDREAS NOVY
Ein gutes Leben für alle – ein europäisches Entwicklungsmodell
- 105 Rezensionen
- 112 Schwerpunktredakteur und AutorInnen
- 115 Impressum

JOACHIM BECKER, JOHANNES JÄGER, RUDY WEISSENBACHER
Abhängige Finanzialisierung und ungleiche Entwicklung:
Zentrum und Peripherie im europäischen
Integrationsprozess

Als Griechenland 1981 das zehnte Mitglied der Europäischen Gemeinschaft (EG, heute: Europäische Union/EU) wurde, befand sich die kapitalistische Weltökonomie in ihrer zweiten globalen Rezession nach dem Zweiten Weltkrieg. US-Präsident Ronald Reagan und die englische Premierministerin Margret Thatcher forcierten international jenes Politik-Konglomerat aus neoliberaler Ideologie, neoklassischer Ökonomie und postmodernen Vorstellungen, das peripheren Ländern über den „Washington Consensus“ oktroyiert wurde. Diese Regierungen stehen auch für die Trendwende zu einer finanzmarktgetriebenen ökonomischen Entwicklung.

Zentrum und Peripherie waren auch in Europa bekannte Pole ungleicher Beziehungen, sowohl zwischen einzelnen Staaten als auch innerhalb von Staaten (z.B. in England, Italien, Spanien). Ebenso bekannt war der Umstand, dass die Süderweiterung der EG (neben Griechenland schließlich 1986 Portugal und Spanien) eine Integration von ungleichen Partnern sein würde. Zentrum-Peripherie-Beziehungen sind ein wichtiges Element der lateinamerikanischen Dependenztheorie, die „Entwicklung“ und „Unterentwicklung“ als zwei Seiten des Prozesses kapitalistischer Entwicklung betrachtet. Die wesentliche Phase der Theoriebildung der Dependenztheorie fiel in die Zeit des auslaufenden fordistischen Nachkriegsmodells bis in die frühen 1970er Jahre. Wir versuchen in unserem Beitrag an einige Aspekte des Zentrum-Peripherie-Paradigmas der Dependenztheorie anzuknüpfen und diese für die Analyse der nach dem Fordismus und dem Ende des Bretton-Woods-Systems (1971/73) einsetzenden Phase spätkapitalistischer Finanzialisierung im europäischen Kontext fruchtbar zu machen.

I. Abhängige Finanzialisierung

Eine wichtige Erkenntnis der DependenztheoretikerInnen besteht darin, dass sich die Akkumulationsmodelle in Zentrum und Peripherie grundsätzlich voneinander unterscheiden. Während in den Ländern des kapitalistischen Zentrums die Produktionsmittelindustrie und die Industrien der Massenkongsumgüter miteinander verbunden sind und auf dieser Basis der Binnenmarkt expandiert, ist diese „autozentrische Akkumulation“ in der Peripherie blockiert. Aufgrund der Schwäche bzw. Abwesenheit eines Kapitalgütersektors in den peripheren Ökonomien entstehen technologische Abhängigkeiten, rasch wachsende Importe und eine sich verschlechternde Handelsbilanz in Aufschwungphasen (siehe Karin Fischer in diesem Heft). Eine relativ starke Außenorientierung (Extraversion) der Ökonomie, die ein strukturelles Element der Importabhängigkeit beinhaltet, gilt demnach als eine der zentralen Charakteristika von peripheren Ökonomien. Vorübergehend ist es möglich, Defizite in der Handels- und Leistungsbilanz mit Kapitalflüssen abzudecken. Diese Kapitalflüsse können die Form einerseits von Investitionen des produktiven Kapitals, andererseits des Geldkapitals annehmen und stellen zwei Varianten von Abhängigkeit der Peripherie vom Zentrum dar. Von den produktiven Investitionen der Konzerne aus dem Zentrum geht ein direkt konditionierender Einfluss auf die produktive Entwicklung der peripheren Ökonomien aus.

Aufgrund ihres Entstehungszeitraums in den 1960er und 1970er Jahren hat sich die Dependenztheorie vor allem mit den asymmetrischen Handelsbeziehungen und den Direktinvestitionen, hingegen deutlich weniger mit dem Geldkapitalexport in die Peripherie befasst. Genau dieser Mechanismus erhielt aber in der Folge zentrale Bedeutung für die „Entwicklung von Unterentwicklung“. Mit der Krise der 1970er Jahre und den folgenden Finanzialisierungstendenzen der Zentrumsökonomien setzte eine neue Phase der Internationalisierung des Geldkapitals ein (Arrighi/Silver 2011). Arrighi (1994: 221ff) hat herausgearbeitet, dass Phasen der Finanzialisierung in den Zentrumsökonomien auf die Erschöpfung des jeweiligen Modells der produktiven Akkumulation zurückzuführen sind. Das Kapital sucht in einer solchen Situation nach neuen und flexiblen Formen der Kapitalanlage und findet diese in Finanzanlagen. Während sich in einer solchen Phase die relative Vormachtstellung des Zentrums reduziert (vgl. Weissen-

bacher 2012), gewinnt die Peripherie als Anlagesphäre an Attraktivität. Sie bietet den FinanzanlegerInnen unter anderem überdurchschnittlich hohe Zinssätze. Durch die starken Kapitalzuflüsse aus den Zentrumsökonomien werden die Finanzialisierungsprozesse in der Peripherie verstärkt.

Finanzialisierung kann grundsätzlich zwei Formen annehmen: Sie kann einerseits auf „fiktivem Kapital“ (Marx 1979: 482ff, 510), also Wertpapieren (Aktien, Immobilienfonds etc.), andererseits auf zinstragendem Kapital, also Kredit, gründen (vgl. Becker et al. 2010). Bei fiktivem Kapital – und analog auch bei Immobilien, die als Finanzanlagen erworben werden – kommt es bei starkem Kapitalzustrom zu kräftigen Preissteigerungen (vgl. Tavares 1983: 234f). Diese können als Inflation von Finanzaktiva gekennzeichnet werden. Diese Inflation ermöglicht buchhalterische Gewinne. Die Finanzinstitutionen üben politischen Druck aus, damit die Preissteigerungen bei Finanzaktiva politisch gefördert werden (beispielsweise durch die Privatisierung der Alterssicherung oder die steuerliche Begünstigung von Finanzanlagen) und die Inflation bei anderen Preisen gering gehalten wird. Dadurch entsteht eine faktische Zweiteilung des Preissystems mit geringer Inflation bei normalen Waren und hohen Preissteigerungen bei Finanzaktiva. Außerdem steigen die Preise der Finanzaktiva schneller als die Gewinnmasse, wodurch ein zweites Ungleichgewicht entsteht. Werden diese Disproportionen von den FinanzanlegerInnen wahrgenommen, beginnt eine Umkehrung des Trends, meistens in sehr plötzlicher Form: Die Blase platzt. Sind die Finanzgeschäfte im großen Stil mit Krediten finanziert worden, gerät auch das Bankensystem in die Krise. Kommt es in den Zentrumsökonomien zur doppelten Krise von fiktivem Kapital und Banken, wird massiv Kapital aus der Peripherie abgezogen. Über diesen „Finanzkanal“ wird auch sie von der Krise des Zentrums getroffen.

In der Peripherie ist die zweite Form der Finanzialisierung, das zinstragende Kapital, tendenziell relevanter (vgl. Becker et al. 2010). Sie läuft vor allem über eine Hochzinspolitik. In den peripheren Ländern sind die Zinsen in der Regel höher als im Zentrum, um Kapital im Land zu halten bzw. den Zufluss von Auslandskapital zu bewirken. Die Banken machen hierbei vor allem über die Differenz zwischen Kredit- und Depositenzinsen, den sogenannten Spread, Gewinne. Bei sehr hohem Zinsniveau ist oft der Staat der Hauptschuldner, da das extreme Zinsniveau die Kreditfinanzierung von Investitionen bzw. Konsumausgaben kaum zulässt. Das hohe Zinsni-

veau wirkt sich negativ auf die Finanzierung produktiver Investitionen aus. Eine solche Entwicklung kann in den Ländern der europäischen Peripherie seit einigen Jahren beobachtet werden. In der Praxis sind oft beide Formen nebeneinander bzw. miteinander verbunden zu finden.

2. Deindustrialisierung und neoliberale Integration in Europa

Industrialisierung und Binnenmarktentwicklung haben in der Dependenztheorie einen großen Stellenwert; sie werden als notwendig angesehen, damit die Peripherieländer ihrer ökonomischen Abhängigkeit entkommen können. Im europäischen Kontext wirkte sich nun neben der Finanzialisierung auch die europäische Integration bzw. die Mitgliedschaft in der Währungsunion negativ auf die industrielle Entwicklung aus. „Friedensunion“ und „Marshall-Plan“ waren Kinder des Kalten Krieges (Haller 2009: 92; Marsh 2011: 13). Diese ermöglichten sowohl eine umfassende Kontinuität gesellschaftlicher Macht von Eliten des faschistischen Deutschlands in die BRD (vgl. Schwartz 1990; Roth 1998, 1999a, 1999b, 2001) als auch eine massive Schuldentilgung für die junge BRD, unter anderem auf Kosten Griechenlands (Ritschl 2012). Der Umbruch der globalen Ökonomie und die Herausforderung der USA durch seine Verbündeten Japan und die BRD leiteten das Ende der Nachkriegskonjunktur des Fordismus und des Bretton-Woods-Systems ein.

Die USA konnten ihre hegemoniale Position allerdings behaupten, und zwar vor allem durch ihre zentrale Stellung in der globalen Geldordnung: Mit Hochzinspolitik finanzierten sie das gigantische Staatsdefizit, der „Volcker-Schock“ trieb durch die schlagartige Erhöhung der Kreditzinsen die peripheren Länder in die „Schuldenkrise“. „[D]ie neoliberale Globalisierungsoffensive seit den siebziger Jahren“, fasst Joachim Hirsch (2001: 114) zusammen, müsse ganz wesentlich „als Versuch der USA gewertet werden [...], die konkurrierenden europäischen und asiatischen – stärker staatskapitalistisch und staatsinterventionistisch geprägten – Fordismusmodelle auszuhebeln, das heißt das US-amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell wieder beherrschend zu machen“. Diese Interpretation sollte aber nicht dazu führen, die innereuropäischen Auseinandersetzungen bzw. die Rolle der BRD zu unterschätzen. Die BRD schien nämlich nach dem

Zerbrechen des Währungssystems von Bretton Woods in Europa sukzessive Aspekte der politökonomischen Rolle zu übernehmen, die die USA global ausübte (vgl. Folgendes mit Marsh 2011).

Die Deutsche Mark (DM) war zur Ankerwährung in Europa geworden, die Politik der BRD-Regierungen Schmidt (SPD) und ab 1982 Kohl (CDU) zeigte sich meist kompromisslos gegenüber den schwächeren Mitgliedsländern, was auch Frankreich wiederholt in eine schwierige Lage brachte. Zentrale strukturelle Schwierigkeiten der heutigen Europäischen Währungsunion (EWU) wurden schon seit den 1970er Jahren deutlich. Anpassungsschritte in einem ökonomischen Gefüge der Ungleichgewichte wurden den schwächeren Volkswirtschaften aufgebürdet (und nicht auch den Überschussländern, wie es etwa der Bancor-Plan von John M. Keynes vorgesehen hatte). De facto wehrte sich die BRD gegen einen solidarischen Ausgleich zwischen den sehr divergenten Regionen Europas und forderte von den europäischen Partnerländern strikte Sparprogramme. Schon Anfang der 1970er Jahre wurde eine solche Politik als Problem für eine Währungsunion erkannt: „What we are talking about“, meinte Derek Mitchell (1973, zit. nach Marsh 2011: 70), Spitzenbeamter für Internationales im englischen Finanzministerium in einem geheimen Bericht über Gespräche mit BRD-Regierungsvertretern in der Phase des endgültigen Zerbrechens des Bretton-Woods-Systems, „is pooling of reserves which in its complete form would take us at one move to full EMU. Full EMU would deprive member countries of many of the policy instruments needed to influence their economic performances and (particularly in the case of the exchange rate) to rectify imbalances between them [...] In an EMU, equilibrium could only then be restored by inflation in the ‚high performance‘ countries and unemployment and stagnation in the ‚low performance‘ countries, unless central provision is made for the imbalances to be offset by massive and speedy resource transfers“.

In der Europäischen Gemeinschaft wurde der entscheidende Schritt in Richtung neoliberale Wirtschaftspolitik über eine Veränderung der monetären Regulierung gesetzt. Das Europäische Währungssystem fixierte ein System fixer Wechselkurse, das die DM als Ankerwährung hatte. Damit kam es in der EG zu einer monetären Hierarchisierung, an deren Spitze die BRD stand. Die Geldpolitik der Deutschen Bundesbank wurde maßgeblich für die anderen Mitgliedsstaaten der EU. Um Kapital anzuziehen und so das

Leistungsbilanzdefizit zu finanzieren, mussten die Defizitländer des EWS (vor allem Italien, später auch Spanien) relativ hohe Zinsen bieten (Busch 1991: 210f). Zudem standen sie unter dem Druck, eine relativ restriktive Wirtschaftspolitik zu verfolgen, um ein starkes Anwachsen der Leistungsbilanzdefizite zu vermeiden. Da Abwertungen zwar noch möglich waren, aber von der Grundkonzeption her vermieden werden sollten, wurde der Anpassungsdruck bei Handelsbilanzdefiziten auf die Löhne verlagert. Wie kritische lateinamerikanische TheoretikerInnen herausgearbeitet haben, verstärkt die Orientierung auf eine dominante Geldnorm die räumliche und soziale Differenzierung und schränkt wirtschaftspolitische Spielräume ein (vgl. Fiori 1999; Acosta 2001). Das EWS schränkte die Spielräume für nationalstaatliche progressive Spielräume empfindlich ein.

Der nächste Schritt bei der Realisierung eines neoliberalen Integrationsprojektes war die Verabschiedung des Binnenmarktprojektes mit freiem Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sowie freier Arbeitskräftemobilität im Jahr 1986. Dieses Projekt passte gut zu den auf äußere Expansion angelegten Strategien der westeuropäischen Einzelkapitale, speziell der partiellen Produktionsauslagerung in die als jüngste Mitglieder aufgenommenen „Niedriglohnländer“. Kritische ÖkonomInnen in den peripheren Beitrittsländern thematisierten damals durchaus aus einer dependenztheoretisch geprägten Perspektive die untergeordnete Eingliederung in die europäische Arbeitsteilung und die damit verbundene Schwächung der Linkages, das heißt der Verbindungen zwischen den Branchen, innerhalb der peripheren Ökonomien (vgl. Romão 1983: 109ff).

Das Binnenmarktprojekt hatte aber auch Konsequenzen für die sozialen Kräfteverhältnisse in der nach Süden erweiterten EU. Die Kapitalverkehrsfreiheit erlaubt es der Kapitaleseite, die jeweils günstigsten nationalstaatlichen Regulierungsformen auszuwählen. Sie setzte die nationalen Regulierungssysteme, speziell bei Steuern, Löhnen und sozialer Absicherung, einer Konkurrenz nach unten aus. Unterstützt wurde dieses „race to the bottom“ dadurch, dass nationalstaatliche Normen verstärkt wechselseitig anerkannt wurden, anstatt gemeinsame EU-Normen zu schaffen. Mit dem Binnenmarktprojekt wurden zentrale Felder einer progressiven Wirtschaftspolitik (etwa eine eigenständige Geldpolitik), auf die das kritische Entwicklungsdenken Lateinamerikas den Akzent setzt, faktisch ausgeschaltet.

Die Vorstellung, dass fixe Wechselkurse, freie Kapitalmobilität und eine autonome Geldpolitik unvereinbar seien, habe viele europäische Länder Ende der 1980er Jahre veranlasst, argumentiert Marsh (2011: 15), „either voluntarily or with varying degrees of unwillingness“, ihre monetäre Autonomie aufzugeben und der BRD zu überlassen. Die Bundesbank ließ sich ihre Skepsis gegenüber dem Projekt der einheitlichen Währung – das von Frankreich vorangetrieben wurde, um die ökonomische Stärke der BRD politisch zu bändigen – teuer abkaufen: Die Europäische Zentralbank wurde nach ihrem Vorbild strukturiert und reglementiert, was heute wesentlich zur Beschränkung der Handlungsfähigkeit für eine Krisenbewältigung und zur verbreiteten Skepsis ihr gegenüber beiträgt. Die „Unabhängigkeit“ der EZB (von demokratischer Kontrolle) war heftig umstritten. Die schließlich im Maastricht-Vertrag von 1991 vereinbarten Regeln sahen vor, dass Nationalbanken öffentlichen Einrichtungen kein Geld für die Finanzierung von Defiziten zur Verfügung stellen durften und weder die EU noch ein anderes EMU-Mitglied für die Defizite anderer Mitglieder zur Verantwortung gezogen werden durfte (Marsh 2011: 128ff, 153f). Der EU-Kohäsionsfonds, der jenen Ländern, die von der Einführung der einheitlichen Währung Nachteile erleiden würden, einen finanziellen Ausgleich schaffen sollte, „fell a long way short of the thoroughgoing fiscal redistribution for weaker regions of individual countries that is normally available within industrialised countries’ national budgets“ (Marsh 2011: 154). Die Frage von Leistungsbilanzdefiziten und -überschüssen spielte in den Verhandlungen, wie sich Cees Maas, damals hoher Beamter im niederländischen Finanzministerium erinnert, „keine Rolle“ (Maas 2012: 123).

Die von der BRD durchgesetzten Vorstellungen der Geldpolitik passen in das Schema der als „neo-merkantilistisch“ bezeichneten Politik (vgl. Bellofiore/Halevi 2010). Cesaratto und Stirati (2010: 69ff) präsentieren in ihrer Analyse eine seit 1945 vorherrschende Dynamik eines bundesdeutschen Neo-Merkantilismus, die sich folgendermaßen charakterisieren lasse: (1) Ausnutzen von fixen Wechselkursen, indem die Inflation niedriger gehalten wird als in den Konkurrenzländern und so ein Preisvorteil im Export entsteht; (2) Ausnutzung der inflationären Tendenzen in anderen Ländern (Nachfragestimulation) für die eigenen Exporte; (3) konservative Fiskal- und Geldpolitik, um Tendenzen der „Überhitzung“ am eigenen

Arbeitsmarkt zu begegnen; (4) Reaktion auf internationale Kritik mit einem moralischen Unterton, indem auf mangelnde (fiskalische) Disziplin verwiesen, jedoch die eigene hervorgehoben wird.

Im Kontext der Währungsunion sicherte die deutsche Bundesregierung, speziell unter rot-grüner Ägide, den deutschen Neo-Merkantilismus mit einer Politik der Lohndeflation ab. Zur Reorganisation des deutschen Exportsektors gehörte auch die Auslagerung von Teilproduktionen nach Zentralosteuropa (Visegrád-Länder, Slowenien), das so in das exportorientierte deutsche Produktivsystem eingegliedert wurde. Die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse stiegen nach Bildung der Euro-Zone an (Lehndorff 2012: 80f). Die entsprechenden Deviseneinnahmen wurden massiv im Ausland angelegt. Deutsche Banken engagierten sich erheblich in Finanzialisierungsprozessen im Ausland, sowohl in den USA als auch in der europäischen Peripherie (Becker/Weissenbacher 2012). Spiegelbildlich gingen die Leistungsbilanzdefizite sowohl Frankreichs als auch der südeuropäischen Mitgliedsländer der Euro-Zone in die Höhe. In den südeuropäischen Peripherieländern hatte die Industrialisierung verhältnismäßig spät eingesetzt. Mit dem Beitritt zur EU verloren sie einerseits die Möglichkeiten einer Protektionspolitik und andererseits auch nationalstaatliche Optionen der Industriepolitik. Der Wegfall der nationalstaatlichen industriepolitischen Instrumente wurde nicht durch entsprechende EU-Initiativen kompensiert. An solchen hatten die deutsche Exportindustrie und damit auch die deutsche Bundesregierung kein Interesse. Der Beitritt zur EU brachte damit für die südeuropäischen Länder eine partielle De-Industrialisierung mit sich (López/Rodríguez 2010: 161ff; Santos/Jacinto 2006; Stathakis 2010: 110), wie sie der lateinamerikanische Strukturalismus und die Dependenztheorie hatten erwarten lassen. In den südeuropäischen Ländern erfolgte eine Re-Orientierung auf Tourismus, Dienstleistungen und Bauwirtschaft im Kontext einer beginnenden abhängigen Finanzialisierung, die in Spanien von Anfang an die stärkste Ausprägung fand (López/Rodríguez 2010).

Mit dem Beitritt zur Euro-Zone verloren die südeuropäischen Länder die Möglichkeit zur Abwertung ihrer nationalen Währungen und damit den letzten Schutzmechanismus für die einheimischen produktiven Sektoren, wodurch der Druck auf die einheimischen Produktionssektoren weiter zunahm. Dieser wurde durch die restriktive deutsche Lohnpolitik und die zeitweilige markante Aufwertung des Euro noch verstärkt. Damit gerieten

die produktiven Sektoren weiter ins Hintertreffen. Die Leistungsbilanzdefizite stiegen rasant an und wurden primär durch Auslandsverschuldung finanziert (Becker 2012: 469). Die Mitgliedschaft in der Euro-Zone ermöglichte in diesen Jahren wegen der vermeintlichen Sicherheit einen weit höheren Kreditrahmen.

Überschüssige Liquidität aus den europäischen Kernländern, v.a. Deutschland und Frankreich, alimentierte in den südeuropäischen Ländern Prozesse einer abhängigen Finanzialisierung (Lapavitsas et al. 2012). In deren Mittelpunkt stand teils ein kreditfinanzierter Immobilienboom (Spanien), teils kreditfinanzierter Konsum (Griechenland), wobei das nach dem Beitritt zur Euro-Zone stark fallende Zinsniveau der Verschuldung der privaten Haushalte zusätzlichen Schwung verlieh. Die hohen Kreditzuflüsse stimulierten in Spanien und Griechenland das Wachstum. Beim BIP gab es eine Pseudo-Konvergenz mit den Kernländern, während sich die produktiven Strukturen in der Euro-Zone immer weiter auseinander entwickelten.

Eine vergleichbare Entwicklung ist in der osteuropäischen Peripherie feststellbar. Während des Beitrittsprozesses in die EU wurden osteuropäische Regionen in die Produktionsnetze westeuropäischer Konzerne einbezogen. Ähnlich wie in den teildollarisierten Ökonomien Argentiniens und Uruguays in den 1990er Jahren führte der überbewertete Wechselkurs vielfach zu partieller De-Industrialisierung, hohen Leistungsbilanzdefiziten und hoher Auslandsverschuldung (vgl. Myant/Drahokoupil 2011: 301ff, 315ff; Frangakis 2009; Becker 2007).

3. Zentrum und Peripherie in der Krise

In der Krise ab 2008 traten die zeitweilig kaschierten divergenten Entwicklungsmuster offen zutage. Die mit den US-Finanzmärkten besonders eng verbundenen Ökonomien Nordwesteuropas – Großbritannien, Irland, die Benelux-Länder sowie, in etwas geringerem Maße, Deutschland und Frankreich – wurden durch die US-Finanzkrise angesteckt. Speziell in den angelsächsischen Ländern, aber auch in den Benelux-Ländern schlug die Stabilisierung des Finanzsektors besonders zu Buche. Kreditrestriktionen wirkten sich rasch auf Produktion und Konsum aus. Stark exportorientierte Ökonomien wie Deutschland erlitten Ende 2008/Anfang 2009

schwere Exporteinbrüche (vgl. Becker 2010). Diese schlugen auch auf jene osteuropäischen Länder (vor allem Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Ungarn) durch, die eng mit der deutschen Exportindustrie verbunden sind (Becker 2011). In den exportorientierten Ländern kam es allerdings recht schnell zu einer vorübergehenden Wirtschaftserholung. Die deutsche Exportindustrie hat Absatzrückgänge in der europäischen Peripherie durch verstärkte Exporte in außereuropäische Länder wie China und Brasilien kompensiert (Becker/Weissenbacher 2012). Die EU-Peripherie wurde vor allem durch die restriktivere Kreditvergabe betroffen. Das galt Ende 2008/Anfang 2009 speziell für osteuropäische Länder mit hohen Leistungsbilanzdefiziten und einem hohen Anteil an Fremdwährungskrediten. Eine auf Erhalt der Wechselkurse und einen raschen Abbau der Leistungsbilanz zielende Sparpolitik, die von einer sehr restriktiven Budgetpolitik und Lohnkürzungen gekennzeichnet war, verstärkte die Rezession noch.

Für die südeuropäischen Länder der Euro-Zone, speziell Griechenland, bot die Mitgliedschaft in der Währungsunion vorübergehend einen gewissen Schutz. Erst als die internationalen Banken und Finanzakteure die strukturellen Verwundbarkeiten dieser Länder wahrnahmen und daraufhin die Kredite verknappten und verteuerten, begann ab Anfang 2010 für die Peripherie der Euro-Zone eine verschärfte Krisenphase. Die Anti-Krisenpolitik entsprach denselben Mustern wie in Osteuropa und wirkte auch in Südeuropa rezessiv, mit starkem Anstieg der Arbeitslosigkeit, abnehmenden Leistungsbilanzdefiziten und verschärften Verschuldungskrisen. Von ihrer Anlage her bewirkt die Krisenpolitik eine Rezession, die die Binnennachfrage und damit die Importe senkt, gleichzeitig aber die Verschuldungsquoten – die öffentliche und die private Verschuldung/BIP – weiter verschlechtert. Die Entwicklungsmuster in Zentrum und Peripherie sind in der Krise noch divergenter geworden.

Die politischen Maßnahmen zur Bearbeitung der Krise zielten auf eine Erhaltung der Vorkrisenstrukturen ab. Es ging vor allem um die Stabilisierung des Banken- und Finanzsektors. Dies schlug sich in hohen Finanzspritzen und Garantieübernahmen für den Finanzsektor nieder, vor allem in den angelsächsischen, aber auch den Benelux-Ländern (Becker 2010: 17). Die damit verbundenen Auflagen waren im Regelfall gering (Weber/Schmitz 2010). Die Stützung der Banken und Sozialisierung von Bankverlusten führte zum Teil zu einem sprunghaften Anstieg der Staatsverschul-

dung. Aber auch die Sparpolitik in den Peripherieländern ist primär auf die Interessen des Finanzsektors zugeschnitten. Sie zielt auf eine Stabilisierung der Wechselkurse in Osteuropa bzw. auf eine Bewahrung der Mitgliedschaft in der Euro-Zone (zumindest solange hohe Außenstände gegenüber westeuropäischen Banken bestehen). Abwertungen würden die Finanzanlagen der westeuropäischen Konzerne in der Peripherie abwerten.

Außerdem wäre im Fall einer Abwertung ein faktischer Schuldenschnitt für die Peripherieländer unvermeidlich, da deren Euro-Schulden ja entsprechend aufgewertet würden. Einen solchen Schritt wollen die Gläubigerbanken in Westeuropa zumindest solange hinauszögern, bis sie ihr Engagement in den Krisenländern substanziell vermindert haben. Extern sind auch die Exportindustrien in den neo-merkantilistischen Ländern an der Bewahrung der Euro-Zone interessiert, da diese ihre Exportinteressen strukturell begünstigt. Die Orientierung auf die Stabilisierung des Wechselkurses bzw. auf die Beibehaltung der Mitgliedschaft in der Euro-Zone wird von großen Sektoren der verschuldeten Mittelschicht in der europäischen Peripherie mitgetragen. Es gibt also ein heterogenes Bündnis externer und interner Akteure, das die Sparpolitik in den Peripherieländern trägt. Speziell in Südeuropa erodiert allerdings die Akzeptanz der Mittelschichten. Gewisse Parallelen zur sozialen Basis der abhängigen Finanzialisierung und der neoliberalen Sparpolitik in Argentinien Ende der 1990er Jahre sind unverkennbar (zu Argentinien vgl. Castellani/Schorr 2004: 69ff).

Schrittmacher für die Durchsetzung einer auf Wechselkursstabilisierung angelegten Sparpolitik sind die Regierungen in den Kernländern der EU, speziell in Deutschland, die Europäische Kommission und der IWF. Hierbei hat sich die Europäische Kommission noch dogmatischer gezeigt als der IWF (Wehr 2010: 45, 105). Dies gilt beispielsweise in der Frage der Priorität für die Wechselkursstabilisierung in Lettland, die den dort stark engagierten schwedischen Banken besonders am Herzen lag. Im Fall der Kredit- und Sparprogramme in der Euro-Zone war allerdings die Einbeziehung des IWF zunächst umstritten (Visser 2012: 30, 36ff, 62ff; Marsh 2011: 248). Über den IWF erfolgt faktisch eine enge Verklammerung mit den US-Interessen bei der Formulierung der EU-Anti-Krisen-Politik. Sie zeigt die engen Grenzen der Autonomie des Euro-Projektes auf.

Die Institutionalisierung der Sparpolitik sowie des Abbaus der Sozialstaatlichkeit und von ArbeitnehmerInnenrechten, wie sie in den individu-

ellen Programmen in den EU-Peripherieländern vorangetrieben wird, wird durch die liberal-konservativen Regierungen und die Europäische Kommission, aber auch auf der Ebene der gesamten EU, speziell der Euro-Zone, durch die Verschärfung einer regelgebundenen Wirtschaftspolitik (Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, Europäisches Semester etc.) forciert (Klatzer/Schlager 2011). Die Maßnahmen laufen auf die Institutionalisierung einer autoritär neoliberalen Wirtschaftspolitik auf EU-Ebene hinaus (Heinrich 2012: 401), die nicht nur „hayekianisch“ (Anderson 2012: 56) ist, sondern auch in der Tradition des deutschen Ordo-Liberalismus steht, wie Oberndorfer (2012) herausgearbeitet hat. Diese Politikmuster entsprechen der Interessenlage speziell des deutschen Banken- und Finanzkapitals sowie den exportorientierten Kapitalfraktionen, die bislang durch die Krise gestärkt wurden (Becker/Jäger 2012; Overbeek 2012: 235).

Eine solche Politik produziert Brüche. Institutionell wird die regelgebundene Wirtschafts-Governance vor allem im Hinblick auf die Euro-Zone ausgebaut. Die Länder außerhalb der Euro-Zone, speziell Großbritannien, sehen sich politisch zunehmend marginalisiert. Zudem werden die Lasten der Krise stark auf die Lohnabhängigen, PensionistInnen, aber auch Teile des Kleinergewerbes in der Peripherie abgewälzt, was dort zu einer Verschärfung der sozialen Gegensätze beitrug. Massenproteste konnten die sogenannten „Sparmaßnahmen“ und Lohnkürzungen, bis auf wenige Fälle, allerdings nicht verhindern. Das etablierte Parteiensystem ist jedoch zum Teil unter massivem Druck. In mehreren Ländern wurde die Etablierung von Technokratenregimen, angeführt von führenden Repräsentanten des Finanzsektors (Beispiele Papademos und Monti), von den EU-Kernländern als Reaktion auf die politischen Krisen betrieben. Die von südamerikanischen Sozialwissenschaftlern wie O’Donnell (1996) im lateinamerikanischen Kontext herausgearbeiteten repressiven und autoritären Reaktionsmuster kommen in veränderten Varianten in der EU, zuerst vor allem in der Peripherie, auf die Tagesordnung.

4. Progressive Auswege aus abhängiger Unterentwicklung

Die Fortsetzung eines radikalisierten neoliberalen Integrationsprojektes erscheint ein durchaus realistisches Szenario. Ein solches Projekt wäre von

einem weiteren Ausbau von autoritären Elementen der regelgebundenen Wirtschaftspolitik begleitet. Es würde die langfristige Rezession bzw. bestenfalls Stagnation der Peripherieländer nach sich ziehen – vergleichbar der „verlorenen Dekade“ der 1980er Jahre in Lateinamerika. Der wiederholte Versuch, finanzialisierte Akkumulation in verschiedenen Staaten des Cono Sur zu etablieren bzw. wiederherzustellen, resultierte über drei Jahrzehnte in extremer makroökonomischer Instabilität und sozialer Ungleichheit (Saludjian 2004: 118ff).

Ein sozialdemokratisch euro-keynesianisches Projekt, das eine expansivere Politik in den Zentren verfolgen und eine aktive, durch Transfers gespeiste Re-Industrialisierungspolitik in der Peripherie initiieren würde, hätte ein größeres Kohäsionspotenzial. Allerdings ist in den letzten Jahren systematisch ein Politikmuster institutionalisiert worden, das eine solche Politik weitgehend unmöglich macht. Überdies zeigt sich sehr deutlich, dass die sozialen Mobilisierungen in der EU sehr ungleichmäßig sind (Becker 2012) und eine europaweite Solidarität der Lohnabhängigen bestenfalls in Ansätzen vorhanden ist. Hingegen sind nationalistische Diskurse im Zentrum wie in der Peripherie in der Krise deutlich stärker geworden. Die Schwäche der gesamteuropäischen Mobilisierung räumt auch Pätomäki (2013: 123ff) ein, der für eine euro-keynesianische Lösung plädiert. Er hofft darauf, dass die Legitimitätskrise der bisherigen Politik einem euro-keynesianischen Kurswechsel den Boden bereitet. Dies ist eine mehr als vage Hoffnung. Real haben die politischen Spitzen der EU und ihrer Mitgliedsländer bislang auf den Legitimitätsverlust mit der Stärkung autoritärer Politikinstrumente reagiert.

Progressive Auswege aus abhängiger Unterentwicklung sind für DependenztheoretikerInnen nur über eine Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Eigenständigkeit der bisherigen Peripherie denkbar. Wie diese Stärkung aussehen sollte, darin gehen allerdings die Positionen der verschiedenen Strömungen auseinander. Die frühen strukturalistischen Arbeiten („Desarrollismo“) setzten den Akzent vor allem auf eine Minderung der Importabhängigkeit (vgl. Prebisch 1998). Dementsprechend sollte eine gezielte Schutzzoll-Politik Spielräume für eine binnenorientierte Industrialisierung schaffen. Allerdings befürworteten sie auch eine Diversifizierung der Exporte (vgl. Sunkel 1998: 318). Der Ansatz der DependenztheoretikerInnen war umfassender. Sie argumentierten für einen umfassenden Bruch mit den

Abhängigkeitsbeziehungen und eine eher autozentrierte Entwicklung, die für viele von ihnen einen sozialistischen Charakter haben sollte. Hierbei solle, so Amin (1977: 85ff), die Produktion vor allem an den materiellen und kulturellen Grundbedürfnissen der armen Bevölkerungsmehrheit ansetzen.

Entwicklung wurde generell als industrielle Entwicklung gedacht. Ansatzpunkte für eine autozentrierte Entwicklung wurden sowohl auf nationalstaatlicher Ebene als auch in Formen regionaler Kooperation, einer *collective self-reliance*, gesehen. Der Grundgedanke der kollektiven Self-Reliance findet sich auch in neueren ökologisch geprägten Ansätzen lateinamerikanischer SozialwissenschaftlerInnen wieder (vgl. Gudynas 2002). Industrielle Entwicklung wird aus dieser Perspektive jedoch durch ökologische Imperative begrenzt. An den progressiv-reformistischen Ansätzen des Strukturalismus der Nachkriegszeit setzt der „neue Desarrollismo“ (Novo-Desenvolvimentismo) an, der vor allem in Brasilien verbreitet ist. Entsprechend der Veränderung der Entwicklungsmodelle geht es ihm nicht um die Schaffung von Zollschutz, sondern um die politische Kontrolle von grenzüberschreitendem Kapitalverkehr. Unregulierter internationaler Kapitalverkehr wird als destabilisierend eingeschätzt. Kapitalverkehrskontrollen sollen eine den Export begünstigende Wechselkurspolitik, eine antizyklische Wirtschaftspolitik sowie eine Politik relativ moderater Zinsen ermöglichen (Sicsú et al. 2005: XLIf). Hohes Wachstum halten die Novo-Desenvolvimentistas für eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung beim Abbau sozialer Ungleichheit.

Progressive Lösungen auf der Suche nach „einem sicheren und glücklichen Leben für alle“ (UNEP/UNCTAD 1974) können sich aber nicht auf quantitatives industrielles Wachstum beschränken, sondern müssen die Frage nach dem Wachstum an sich stellen, wie dies etwa in der Postwachstumsökonomie deutlich wird (vgl. Jackson 2009; Paech 2010; Keen 2011). Hier werden soziale und ökologische Fragen verknüpft, wie dies schon in der Cocoyoc Declaration (UNEP/UNCTAD 1974) einer UN-Konferenz unmissverständlich klar gemacht worden war. Die Jahrzehnte, die folgten, haben diese Aspekte nicht nur unterdrückt, sondern die Situation durch Finanzialisierung und neoliberale Revolution (im europäischen Kontext: Integration) radikalisiert. Die krisenbedingte Zuspitzung der abhängigen Finanzialisierung hat für die gesamte europäische Peripherie deutlich gemacht, was Michael Ehrke (2009: 187) für den Raum des ehema-

ligen Jugoslawiens konstatierte: „[T]he illusion of a post-industrial economy emancipated from the production of trivial industrial goods can show a certain degree of credibility only in the United States.“ Aus Jugoslawien kam auch ein Debattenbeitrag zur dependenztheoretisch geprägten Diskussion über eine kollektive Self-Reliance. Self-Reliance bedeutete hier, Kooperationen zwischen peripheren Regionen zu schaffen, die den Weg zu einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung ebnen sollten (Pierzyńska 2012; Fischer in diesem Heft).

Im europäischen Kontext steht den Bevölkerungen der peripheren Länder ein steiniger Weg bevor. Südeuropäische dependenztheoretisch geprägte Ökonomen (vgl. Romão 1983: 206) hatten schon vor drei Jahrzehnten für die Schaffung stärker autonomer Akkumulationsprozesse in den peripheren EU-Staaten plädiert. Einer solchen Politik stehen aber beträchtliche Hürden im Weg. Einerseits hat die kreditfinanzierte Pseudokonvergenz in Teilen der Bevölkerung an der europäischen Peripherie die Illusion einer Zugehörigkeit zum Club der Reichen genährt. Diskussionen um die Reformierbarkeit der neoliberalen EU, verbunden mit einem Nachdenken über Szenarien eines Austritts aus EWU/EU (und einer Solidarität zwischen den peripheren Regionen), stehen erst am Anfang. Andererseits ist durch Deindustrialisierung, das institutionelle Gefüge der EU und die Mitgliedschaft in der Euro-Zone diese Option heute ungleich schwerer durchzusetzen.

Kollektive Self-Reliance und eine autozentrische Entwicklung beruhen auf der Fähigkeit, die materiellen Grundbedürfnisse der Gesellschaft aus eigener Kraft zu befriedigen. Das setzt eine industrielle Basis voraus, die – besonders in Griechenland, aber auch in Spanien und Portugal – in der Phase der De-Industrialisierung massiv geschwächt wurde. Kollektive Self-Reliance braucht zudem Solidarität unter den peripheren Regionen. Nur über Kooperation sind die Abkoppelung vom Zentrum und eine Minderung der Abhängigkeit auf Dauer konsolidierbar. Einer solchen Süd-Süd-Kooperation stehen jedoch zum einen innerhalb der peripheren Länder gesellschaftliche Klassen entgegen, die ihre Interessen, wie Andre Gunder Franks „Lumpenbourgeoisie“ (Frank 1979), eher durch die Politik der gesellschaftlichen Eliten des Zentrums vertreten sehen.

Zum anderen existieren nicht nur innerhalb, sondern auch zwischen den peripheren Ländern unterschiedliche Interessenlagen. Eine Verände-

zung dieser Verhältnisse erforderte einen politischen Kampf und auch das Ausloten von radikaleren Szenarien. Ein Euroaustritt, wie er etwa für Griechenland diskutiert wird, stellt aus einer solchen Perspektive eine mögliche, ja vielleicht notwendige Option dar (vgl. Lapavistas et al. 2012). Das Ziel eines Austritts aus der Euro-Zone und einer Währungsabwertung unter progressiven Vorzeichen wäre nicht primär eine Exportsteigerung, sondern eine Stärkung der binnenorientierten produktiven Sektoren. Es ginge also vorrangig um den Wechselkurs als Schutzmechanismus bei einer Neuausrichtung der produktiven Strukturen und einer selektiven Industriepolitik (vgl. Becker 2012: 475). Damit müsste ein Austritt aus der Euro-Zone Teil eines umfassenden wirtschaftspolitischen Pakets sein, das von Kapitalverkehrskontrollen über die Schaffung eines öffentlichen Bankensektors, der bei der Finanzierung produktiver Investitionen eine wichtige Rolle spielen müsste, bis hin zu gezielten industriepolitischen Maßnahmen reichen müsste.

Der Bruch Argentinien mit dem Konvertibilitätsmodell der 1990er Jahre und seine folgende Abwertung ist bei der Frage eines potenziellen Austritts südeuropäischer Peripherieländer aus der Euro-Zone verschiedentlich als Referenz herangezogen worden (vgl. Kouvelakis 2011: 32). Nach der Überwindung starker Turbulenzen im Finanzsystem, die das Abgehen vom Dollar-Anker begleiteten, war die Wiederbelebung der binnenmarktorientierten Industrieproduktion, die durch weitere Maßnahmen flankiert wurde, eine der zentralen Wirkungen der Währungsabwertung (vgl. Musacchio/Becker 2007: 129ff). Wie Musacchio (2012: 45ff) aufzeigt, wären aufgrund der schwachen griechischen Industriestruktur die Impulse für die Industrie in Griechenland deutlich schwächer als in Argentinien. Auch wäre ein Bruch mit dem Euro in Südeuropa aufgrund der institutionellen Restriktionen und der engen ökonomischen Anbindung an die anderen EU-Staaten noch weitaus komplizierter als der damalige argentinische Bruch mit dem Dollar-Standard. Entwicklungsstrategische Alternativoptionen sind also mit enormen wirtschaftlichen und politischen Hindernissen konfrontiert. Die Durchsetzung einer alternativen Politik erscheint in einer inneren Peripherie – hier der EU – politisch noch schwieriger als in einer äußeren Peripherie wie jener Lateinamerikas.

Literatur

- Acosta, Alberto (2001): El falso dilema de la dolarización. In: Nueva Sociedad 172, 66-84.
- Amin, Samir (1977): Zur Theorie von Akkumulation und Entwicklung in der gegenwärtigen Weltgesellschaft. In: Senghaas, Dieter (Hg.): Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 71-97.
- Anderson, Perry (2012): After the Event. In: New Left Review 73, 49-61.
- Arrighi, Giovanni (1994): The Long Twentieth Century. Money, Power, and the Origins of Our Times. London/New York: Verso.
- Arrighi, Giovanni/Silver, Beverly (2011): Das Ende des langen 20. Jahrhunderts. In: Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg.): Vielfach-Krise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA, 211-228.
- Becker, Joachim (2007): Dollarization in Latin America and Euroization in Eastern Europe: Parallels and Differences. In: Becker, Joachim/Weissenbacher, Rudy (Hg.): Dollarization, Euroization and Financial Instability. Central and Eastern European Countries between Stagnation and Financial Crisis? Marburg: Metropolis, 223-278.
- Becker, Joachim (2010): EU in der Krise: Bruchlinien zwischen Zentrum und Peripherie. In: Kurswechsel 1/2010, 6-23.
- Becker, Joachim (2011): Wachstumsmodelle und Krisenmuster in Osteuropa. In: WSI-Mitteilungen 64 (6), 270-277.
- Becker, Joachim (2012): Blindstellen: ungleiche Entwicklung und ungleiche Mobilisierung in der EU. In: Prokla 42 (3), 467-476.
- Becker, Joachim/Jäger, Johannes (2012): Integration in Crisis: A Regulationist Perspective on the Interaction of European Varieties of Capitalism. In: Competition and Change 16 (3), 169-187.
- Becker, Joachim/Jäger, Johannes/Leubolt, Bernhard/Weissenbacher, Rudy (2010): Peripheral Financialization and Vulnerability to Crisis: A Regulationist Perspective. In: Competition and Change 14 (3-4), 225-247.
- Becker, Joachim/Weissenbacher, Rudy (2012): Berlin Consensus and Disintegration: Monetary Regime and Uneven Development in the EU. 18th Conference on Alternative Economic Policy, Poznań, 28.-30.9.2012. http://www.euromemo.eu/annual_workshops/2012_poznan.html, 21.8.2012.
- Bellofiore, Riccardo/Halevi, Joseph (2010): „Could Be Raining“. The European Crisis After the Great Recession. In: International Journal of Political Economy 39 (4), 5-30.
- Busch, Klaus (1991): Umbruch in Europa. Die ökonomischen, ökologischen und sozialen Perspektiven des einheitlichen Binnenmarktes. Köln: Bund.
- Castellani, Ana/Schorr, Martin (2004): Argentina: convertibilidad, crisis de acumulación y disputas en el interior del bloque de poder económico. In: Cuadernos del Cendes 21 (57), 55-81.

- Cesarotto, Sergio/Stirati, Antonella (2010): Germany and the European and Global Crises. In: *International Journal of Political Economy* 39 (4), 56-86.
- Ehrke, Michael (2009): The Global Crisis at the European Periphery. In: Petritsch, Wolfgang, Svilanović, Goran/Soliz, Christophe (Hg.): *Serbia Matters: Domestic Reforms and European Integration*. Baden-Baden: Nomos, 187-192.
- Fiori, José Luís (1999): Estados, moedas e desenvolvimento. In: Fiori, José Luís (Hg.): *Estados, moedas e desenvolvimento das nações*. Petrópolis: Vozes, 49-85.
- Frangakis, Marica (2009): Europe's financial systems under pressure. In: Grahl, John (Hg.): *Global Finance and Social Europe*. Cheltenham: Edward Elgar, 53-90.
- Frank, Andre Gunder (1979): *Lumpenburguesía: lumpendesarrollo. Dependencia, clase y política en Latinoamérica*. Barcelona: Laia.
- Gudynas, Eduardo (2002): El concepto de Regionalismo Autónomo y el desarrollo sustentable en el Cono Sur. In: Gudynas, Eduardo (Hg.): *Sostenibilidad y regionalismo en el Cono Sur*. Montevideo: Coscoroba, 177-211.
- Haller, Max (2009): *Die Europäische Union als Elitenprozess. Das Ende eines Traums?* Wiesbaden: VS/GWV.
- Heinrich, Mathis (2012): Zwischen Bankenrettung und autoritärem Wettbewerbsregime. Zur Dynamik des europäischen Krisenmanagements. In: *Prokla* 42 (3), 395-412.
- Hirsch, Joachim (2001): Die Internationalisierung des Staates. Anmerkungen zu einigen aktuellen Fragen der Staatstheorie. In: Hirsch, Joachim/Jessop, Bob/Poulantzas, Nicos (2001): *Die Zukunft des Staates*. Hamburg: VSA, 101-138.
- Jackson, Tim (2009): *Prosperity without Growth: Economics for a Finite Planet*. London: Earthscan
- Keen, Steve (2011): *Debunking economics: the naked emperor dethroned?* London: Zed books.
- Klatzer, Elisabeth/Schlager, Christa (2011): Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution. In: *Kurswechsel* 1/2011, 61-81.
- Kouvelakis, Stathis (2011): The Greek Cauldron. In: *New Left Review* 72, 17-33.
- Lapavistas, Costas et al. (2012): *Crisis in the Euro Zone*. London: Verso.
- Lehndorff, Steffen (2012): German capitalism and the European crisis: part of the solution or part of the problem. In: Lehndorff, Steffen (Hg.): *A triumph of failed ideas. European models of capitalism in the crisis*. Brüssel: ETUI, 79-102.
- López, Isidro/Rodríguez, Emmanuel (2010): *Fin de ciclo. Financiarización, territorio y sociedad propietarios en la onda larga del capitalismo hispano (1959–2010)*. Madrid: Traficantes de sueños.
- Maas, Cees (2012): Er is geen eurocrisis, er is een crisis van de eurolanden. In: Janssen, Roel: *De euro. Twintig jaar na het Verdrag van Maastricht*. Amsterdam: De Bezige Bij, 105-135.
- Marsh, David (2011): *The Euro. The Battle for the New Global Currency*. New Edition. New Haven/London: Yale University Press.
- Marx, Karl (1979): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd.3*. MEW 25. Berlin: Dietz.

- Musacchio, Andrés (2012): Umstrukturierung der Verschuldung und Wachstumsbedingungen: Griechenland und Argentinien im Vergleich. In: *Prokla* 42 (3), 433-453.
- Musacchio, Andrés/Becker, Joachim (2007): La crisis argentina: ¿Solo un problema cambiario? In: Becker, Joachim (Hg.): *El golpe del capital. Las crisis financieras en el Cono Sur y sus salidas*. Montevideo: Coscoroba, 109-135.
- Myant, Martin/Drahokoupil, Jan (2011): *Transition Economies: Political Economy in Russia, Eastern Europe, and Central Asia*. Hoboken: John Wiley & Sons.
- O'Donnell, Guillermo (1996): *El estado burocrático autoritario. Triunfos, derrotas y crisis*. 2. Aufl. Buenos Aires: Editorial de Belgrano.
- Oberndorfer, Lukas (2012): Die Renaissance des autoritären Liberalismus? Carl Schmitt und der deutsche Neoliberalismus vor dem Hintergrund des Eintritts der „Massen“ in die europäische Politik. In: *Prokla* 42 (3), 413-431.
- Overbeek, Henk (2012): Global capitalist crisis and the future of the European Project. In: Nousios, Petros/Overbeek, Henk/Tsolakis, Andreas (Hg.): *Globalisation and European Integration. Critical Approaches To Regional Orders and International Relations*, London: Routledge, 218-240.
- Paech, Niko (2010): Die Legende vom nachhaltigen Wachstum. Ein Plädoyer für den Verzicht. In: *Le Monde diplomatique*, 30.9.2010, 12-13.
- Pätomäki, Heikki (2013): *The Great Eurozone Disaster. From Crisis to Global New Deal*. London: Zed.
- Pierzyńska, Justyna (2012): Collective self-reliance: A portrait of a Yugoslav development strategy. In: *Miscellanea Geographica – Regional Studies on Development* 16 (2), 30-35.
- Prebisch, Raúl (1998): El desarrollo económico de la América Latina y algunos de sus principales problemas: In: *Cepal: Cincuenta años de pensamiento en la Cepal. Vol. I: Santiago de Chile: Cepal*, 63-129.
- Ritschl, Albrecht (2012): Germany, Greece and the Marshall Plan. In: *The Economist*, 18.12.2012. <http://www.economist.com/blogs/freeexchange/2012/06/economic-history>, 18.12.2012.
- Romão, António (1983): *Portugal face à C.E.E.* Lissabon: Livros Horizonte.
- Roth, Karl Heinz (1998): Das Ende eines Mythos. Ludwig Erhard und der Übergang der deutschen Wirtschaft von der Annexions- zur Nachkriegsplanung (1939 bis 1945). Teil II: 1943 bis 1945. In: 1999, *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* 13 (1), 92-123.
- Roth, Karl Heinz (1999a): Das Ende eines Mythos. Ludwig Erhard und der Übergang der deutschen Wirtschaft von der Annexions- zur Nachkriegsplanung (1939 bis 1945). Teil II: 1943 bis 1945. Fortsetzung und Schluß. In: 1999, *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* 14 (1), 73-91.
- Roth, Karl Heinz (1999b): Replik. In: 1999, *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* 14 (1), 207-208.
- Roth, Karl Heinz (2001): Klienten des Leviathan: Die Mont Pèlerin Society und das Bundeswirtschaftsministerium in den fünfziger Jahren. In: 1999, *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* 16 (2), 13-41.

- Saludjian, Alexis (2004): *Hacia otra integración sudamericana. Críticas als Mercosur neoliberal*. Buenos Aires: Libros del Zorzal.
- Santos, Vitor/Jacinto, Ana (2006): *A industria portuguesa: Desindustrialização – progresso ou declínio?* In: Romão, António (Hg.): *A economia portuguesa 20 anos após a adesão*. Coimbra: Edições Almedina, 184-213.
- Schwartz, Thomas Alan (1990): *Die Begnadigung deutscher Kriegsverbrecher. John J. McCloy und die Häftlinge von Landsberg*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 38 (3), 375-414.
- Sicsú, João/Paula, Luiz Fernando de/Michel, Renaut (2005): *Introdução. Por que novo-desenvolvimentismo?* In: Sicsú, João/Paua, Luiz Fernando de/Michel, Renaut (Hg.): *Novo-desenvolvimentismo. Um projeto nacional de crescimento com equidade social*. Barueri: Manolo & Fundação Konrad Adenauer, XXXIII-LI.
- Stathakis, George (2010): *The fiscal crisis of the Greek economy*. In: *Kurswechsel* 3/2010, 109-116.
- Sunkel, Osvaldo (1998): *La inflación chilena: un enfoque heterodoxo*. In: Cepal (Hg.): *Cincuenta años de pensamiento en la Cepal. Textos seleccionados. Vol. I*. Santiago de Chile: Cepal, 287-323.
- Tavares, Maria da Conceição (1983): *Da substituição de importações ao capitalismo financeiro. Ensaio sobre economia brasileira*. Rio de Janeiro: Zahar.
- UNEP/UNCTAD (1974): *The Cocoyoc Declaration. Adopted by the participants in the UNEP/UNCTAD Symposium on „Patterns of Resource Use, Environment and Development Strategies“*. 8.-12. Oktober 1974, Cocoyoc, Mexico. [http://www.transcend-nordic.org/doc/o8 Cocoyoc Declaration/The Cocoyoc Declaration-English.pdf](http://www.transcend-nordic.org/doc/o8%20Cocoyoc%20Declaration/The%20Cocoyoc%20Declaration-English.pdf), 11.8.2013.
- Visser, Martin (2012): *De eurocrisis. Onthullend verslag van politiek falen*. Amsterdam: Het Financieele Dagblad/Business Contact.
- Weber, Beat/Schmitz, Stefan (2010): *Wer bietet mehr? Bestimmungsfaktoren der EU-Bankenhilfspakete in der Finanzkrise 2008/09*. In: *Kurswechsel* 1/2010, 87-100
- Wehr, Andreas (2010): *Griechenland, die Krise und der Euro*. Köln: PapyRossa.
- Weissenbacher, Rudy (2012): *„Wir wissen, dass wir das Spiel jetzt nach Euren Regeln spielen müssen ...“ Betrachtungen zu Hegemonie und ungleicher Entwicklung*. In: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 23 (89), 60-79.

Abstracts

Der Artikel diskutiert Entwicklungsmodelle im Zentrum und der Peripherie der EU sowie deren Krise im Lichte kritischer lateinamerikanischer Entwicklungstheorien. Er arbeitet heraus, wie die Integrationspolitik der

EU, speziell die monetäre Integration, eine Divergenz der Entwicklungsmuster befördert und in großen Teilen der Peripherie zur Etablierung von Entwicklungsmodellen beigetragen hat, deren Wachstum stark auf abhängiger Finanzialisierung beruhte und mit hohen strukturellen Leistungsbilanzdefiziten und rasch steigender Auslandsverschuldung verbunden war. Derartige Entwicklungsmuster waren nicht durchhaltbar. Die derzeitige Krise war im Integrationsmodell der Vorkrisenzeit angelegt. Abschließend diskutiert der Beitrag mögliche Szenarien der weiteren Entwicklung der EU. Aus dependenztheoretischer Sicht wäre ein Austritt der Peripherieländer aus der Euro-Zone trotz der damit verbundenen Probleme eine potenziell sinnvolle Option.

The article debates development models in EU core and periphery and their crisis in the light of critical Latin American theories of development. It highlights how EU integration policies, particularly in the monetary sphere, facilitated diverging development patterns and played a crucial role in establishing peripheral development models whose growth was reliant on dependent financialisation and that caused high structural current account deficits and rapidly rising external debts. The present crisis of European integration has its roots in the pre-crisis integration model. Finally, the article discusses possible scenarios for the further development of the EU. From the perspective of dependency theory, an exit from the euro zone would be a potentially useful option for peripheral countries.

Joachim Becker
Wirtschaftsuniversität Wien
joachim.becker@wu.ac.at

Johannes Jäger
Fachhochschule des bfi Wien
johannes.jaeger@fh-vie.ac.at

Rudy Weissenbacher
Wirtschaftsuniversität Wien
rweissen@wu.ac.at